

# Krafsauer Zeitung.

1866.

Nr. 228.

Samstag den 6. October

X. Jahrgang.

Gebühr für Inserenten im Amtsblatte für die vierstellige Zeitungs- und Anzeigen-Verwaltung 5 Mk., für jede weitere 3 Mk. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mk. — Inserat-Verhandlungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnements-Preis für Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoucen übernehme die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October d. J. begonnene neue Quartal der

## „Krafsauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1866 beträgt für Krafsau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zufendung des ersten Blattes an) werden für Krafsau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Nr. 25 356.

### Kundmachung.

In der ersten Hälfte September d. J. ist die Minderpest im Kreise Strzy in Rospuccie und Brzezowa, Sanoker Kreises, ertöschten, und in Siedlicza, Desznica und Holbow im Zmigroder Bezirke ausgebrochen. Es besteht die Minderpest in 15 Ortschaften, von welchen 9 dem Strzyer, 4 dem Sanoker und 2 dem Sankowitzer Kreise angehören.

Dieser Stand der Minderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete wird mit dem Besatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Abhaltung der Viehmärkte in Sanok und Bisko wieder gestattet wird. Von der k. k. Statthaltereicommission.

Krafsau, am 29. September 1866.

### Ogłoszenie.

W pierwszej połowie września r. b. ustala zaraza na bydło (ksiegoszusz) w mieście obwodowem Strzy, tudzież w miejscach Rospuccie i Brzezowa w Sanockim obwodzie, ukazała się zaś w Siedliczkach, Desznicy i Holbowie w powiecie Zmigrodzkim. Zaraza na bydło istnieje w 15 miejscach, z których 9 do Strzyckiego, 4 do Sanockiego a 2 do Samborskiego obwodu należą.

O stanie tej zarazy podaje się wiadomość z tem nadmienieniem, że odbycie jarmarków w Sanoku i Lisku na powrót pozwolone zostało. Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 29. września 1866.

Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Cabinetserlaube vom 30. August d. J. dem k. k. Vicepräsidenten und Leiter der böhmischen Statthaltereien Anton Grafen Kazian die Würde eines geheimen Rathes mit Rücksicht der Toren allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 6. October.

Der Protest des Königs von Hannover hat in Berlin großes und unangenehmes Aufsehen erregt. Man möchte sich zwar den Anschein geben, als fühle man sich nicht sehr bechürt dadurch. — Folge geben wird man demselben kaum — allein der Grad der Erbitterung läßt sich einigermaßen ermessen, wenn man liest, was die „N. A. Z.“ offenbar im Auftrage der Regierung diesbezüglich bemerkt. Natürlich dem König von Hannover gegenüber darf das Blatt die Sache nicht ernst nehmen, sonst würde es die Regierung zu anderen Schritten engagieren; mit desto größerer Heftigkeit aber wendet es sich gegen die österreichische Regierung, von der nichts Geringeres verlangt wird, als daß sie die Publication hätte verhindern sollen, ja sie ruft den Prager Friedens-Vertrag an und beklagt sich über die Verletzung der internationalen Beziehungen. Die „N. A. Z.“ schreibt: „Es scheint uns schwer verträglich mit den internationalen Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich und den Pflichten, welche der Prager Friede dem Wiener Cabinet auferlegt hat, wenn dasselbe unter dem Schutze der Gassfreundschaft derartige Agitationen duldet, welche darauf berechnet sind, Mißstimmung und Uebelwollen in den neuen Provinzen, Sr. Majestät des Königs von Preußen zu sätzen. Nach Artikel VI des Prager Friedens hat sich Oesterreich ausdrücklich verpflichtet, die von Preußen in Norddeutschland herzuführenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen, anzuerkennen“, und mit dem Geiste und dem Wortlaut dieser Bestimmung ist es nicht zu vereinbaren, wenn das Wiener Cabinet Agitationen, wie die oben erwähnte, gestattet, die darauf abzielen, diese Territorial-Veränderungen in Frage zu stellen.

Das Leipziger Tageblatt bringt aus Berlin folgende Mittheilung über die Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Sachsen: „Ich theilte Ihnen vor einiger Zeit mit, daß ein unerwartet günstiger Abschluß des Friedens nahe bevorstehe. Dieser Abschluß, sowie überhaupt ein gleich günstiger ist plötzlich verhindert und unmöglich gemacht worden; von welcher Seite her, brauche ich nicht zu sagen. Jetzt stehen die Sachen wie im Anfang oder vielmehr noch ungünstiger als im Anfang, weil nun die Möglichkeit einer besonderen Begünstigung Sachsens abgeschnitten ist und Preußen auf der strengen Durchführung jener ursprünglichen Forderungen bestehen zu müssen glaubt; ja, ich will ihnen nicht verhehlen, daß man sogar von der Verschärfung einiger jener Forderungen spricht.“ Die preußischen Mandate sind durchsichtig. Man stellt immer härtere Bedingungen, damit kein Friede zu Stande komme und schließlich, bei etwaiger günstiger Gelegenheit, die Annexion Sachsens vollzogen werde.

Wie man einem Grazer Blatt aus Wien schreibt, fehlt noch immer jeder bestimmte Anhaltspunkt über den Termin, bis zu welchem die königlichen sächsischen Truppen in Oesterreich verbleiben werden. Allein zwei Monate können als eine Andeutung genommen werden, daß denn doch der Abmarsch in die Heimat nahe bevorsteht. Es erhielten nämlich die in den verschiedenen Dörfern liegenden Abtheilungschefs die gemessene Weisung, alle Zahlungen an die Gemeinden und Lieferanten in möglichst kurzen Terminen zu leisten, so zwar, daß, wenn plötzlich ein Befehl zum Abmarsch eintrifft, die Geldregulierung schnellstens erfolgen könne. Das zweite Anzeichen ist ein Befehl an alle sächsischen Feldspitalärzte, resp. deren Vorhände, sofort Bericht zu erstatten über den Stand ihrer Kranken und Blessirten, wobei genau die Zahl Jener anzugeben ist, welche transportabel sind, sowie Jener, welche unter jeder Bedingung behufs weiterer Pflege hier verbleiben müssen. — Die Nachricht preußischer Blätter, es sei bereits Geldmangel in den sächsischen Kriegscassen eingetreten, ist nach derselben Quelle eine tendenziöse Erfindung.

In der Sitzung der zweiten württembergischen Kammer am 2. d. richtete der Abgeordnete Hölder folgende Anfrage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: In öffentlichen Blättern ist mehrfach die Nachricht enthalten, daß neben den Friedensverträgen in Berlin auch Allianzverträge zwischen Preußen und den vier süddeutschen Staaten abgeschlossen worden seien. Diese Nachricht findet in anderweitigen Verhandlungen ihre Unterlegung. Sie wäre, wenn sie sich bewahrheiten sollte, geeignet, Befürchtungen zu beilegen, die sich an den Verfall der bis zur Auflösung des deutschen Bundes durch Artikel 2 der Bundesacte Württemberg gewährten Sicherheit gegen etwaige Kriegsgefahren knüpfen könnten. Nicht minder werden Alle, welche in dem engen Anschlusse der vier süddeutschen Staaten an Norddeutschland das notwendige Ziel der nationalen Bestrebungen erblicken, einen solchen Allianzvertrag als erwünschten Ausgangspunkt für die bei dem Präliminarfrieden von Nikolsburg vorgesehene Verbindung des Süddeutschens mit dem deutschen Norden willkommen heißen. Durch einen solchen Allianzvertrag würde ohne Zweifel auch die wohlbegründete Frage nach einem künftigen Schicksal der bisherigen Bundesfestung Ulm ihre Beantwortung finden. — Die mögliche Einwendung, daß derartige Verträge nur als geheime geschlossen seien, könne mit Rücksicht auf §. 85 der Verfassung nicht statthaft erscheinen; zur Beruhigung der Gemüther sei Gewißheit über diese Punkte notwendig. Demgemäß richte ich an den Minister des Auswärtigen die Anfrage: 1. Ist zwischen Preußen und Württemberg, beziehungsweise den drei anderen süddeutschen Staaten irgend eine Vereinbarung wegen gegenseitiger Hilfe im Falle eines Angriffes auf deutsches Gebiet, oder eines Krieges überhaupt getroffen worden? Bejahenden Falls, worin besteht dieselbe? 2. Sind über das künftige Verhältnis der bisherigen Bundesfestung Ulm, insbesondere aber das Besatzungsrecht und die Unterhaltungspflicht mit Preußen, Baiern oder einem anderen Staate, Vereinbarungen getroffen worden? Bejahenden Falls, welche? Die Anfrage wird verfassungsmäßig dem Minister des Auswärtigen zugeleitet werden.

In Frankfurt a. M. ist am 3. d. das Geleß vom 20. Septbr. d. J., betreffend die Vereinigung Hannovers, Kurheßens, Nassaus und Frankfurts mit der preußischen Monarchie, amtlich publicirt worden. (Damit, schreibt die „Kreuz- und Zeitg.“, erledigt sich auch die etwas spät erscheinende, mit angeblich 2850 Unterschriften dortiger Bürger bedeckte Denkschrift gegen die Einverleibung, welche in Berlin am Freitag durch den dortigen amerikanischen Gesandten dem preußischen Ministerium übergeben worden sein soll.) Wie die „Kreuz- und Zeitg.“ schreibt, wird die Frage wegen Beerdigung der Beamten in den neu erworbenen Ländern vor der Hand noch offen bleiben. Wegen Regelung der Suizid-Verhältnisse werden besondere Verordnungen ergehen. Einstweilen bleiben die Ober-Appellationsgerichte für Hannover und Kurheßen bestehen. Sonstige Ressortverhältnisse unterliegen noch den Beratungen des Staatsministeriums. Nach der „Schweizerischen Corr.“ wird eine officiöse Berichtigung der Nachricht über Berufung des Prinzen v. Bessli von Minister der auswärtigen Angelegenheiten angekündigt. Die Berichtigung wird sich jedoch schwerlich gegen die Angabe richten, daß die Berufung Gegenstand erster Erwägung war und in den Anknüpfungen mit dem Freiherrn v. Bessli aus dessen Grundzüge über Cardinalfragen unserer äußeren und inneren Politik, unter Anderem über die Beziehungen Oesterreichs zum heiligen Stuhle, zur Darlegung gekommen sind. So werde sie nur die Bedeutung haben können, daß inzwischen die schweren Bedenken gegen den Eintritt des sächsischen Staatsmannes die Oberhand gewonnen haben und die Wahl des Nachfolgers des Grafen Mensdorff noch eine offene Frage ist. Die Verleihung des Rudertus-Ordens an Bismarck ist, wie der „Münchener Volksbote“ schreibt, am 31. Juli schon vor Austausch der Ratificationsurkunden des Friedens erfolgt. So sehr hat es Herrn v. d. Pforten damit gepreßt. Der Umstand, daß es einen vollen Monat gebraucht hat, bis Graf Bismarck von seinem König die Erlaubnis zur Annahme dieses Ordens erhalten konnte, läßt den „Volksboten“ vermuthen, daß der König von Preußen selber Angesichts der Umstände diese Auszeichnung als eine merkwürdige Ueberhänglichkeit so lange veranstandet habe. Inzwischen sollte es den „Volksboten“ fast wundern, wenn nach dieser Verleihung an den Grafen Bismarck der König von Hannover, der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau, welche sämmtlich (die beiden Ersten seit 1852, der Letztere seit 1839) Hubertusritter sind, sich nicht bewogen finden sollten, ihre achtspitzigen Kreuze abzulegen und zurück zu senden.

von gewisser Seite werden in sächsischen und preußischen Blättern systematisch die fabelhaftesten Dinge über Unbilden u. dgl. gefaselt, denen die in und um Wien cantonirenden k. sächsischen Truppen ausgelegt sein sollen. Heute ist wieder das „Leipziger Tageblatt“ gegenüber dem Gerüchte, daß man sich in Wien bemühe, unter dem sächsischen Militär Proselyten zu gewinnen, in der Lage, aus einem Briefe des sächsischen Feldpropstes zur weiteren Widerlegung Folgendes mitzutheilen: „Ich höre eben (schreibt Prof. Dr. Fridle), daß die „Constitutionelle Zeitung“, von Proselytenhader an den Sachen in Wien erzählt. Dem gegenüber ermächtigte ich jeden anständigen Mann, in meinem Namen öffentlich zu erklären, daß ich, ohne den angebliehen Fall zu kennen, in meiner sehr umfassenden Erfahrung nichts davon bemerkt, sonder im Gegentheil nur bezeugen kann, daß von barmherzigen Geschwestern ebenso wie von den Cisterciensern in Heiligenkreuz nur die aufopfernde Liebe entgegengekommen ist. Die Gottesäcker sind uns geöffnet, ja zum Theile selbst die Glocken gesehen und katholische Geistlichkeit im Geleite unserer Todten gewesen.“

Fürst Gortschakoff soll an die Vertreter Russlands im Auslande ein Rundschreiben gerichtet haben, in welchem der russischen Diplomatie an den auswärtigen Höfen die Auffassung dargelegt wird, von welcher der Leiter der auswärtigen Politik Russlands wünscht, daß sie den fremden Cabineten gegenüber geltend gemacht werde. Dieses Rundschreiben (schon früher war von einem solchen die Rede) ist, wie Berliner Blätter mitgetheilt wird, in Paris am 27. September eingetroffen. Dasselbe ist zur directen Mittheilung an die Regierungen nicht bestimmt; die russischen Gesandten, welchen das Rundschreiben zugegangen ist, sind jedoch ermächtigt, von dem Inhalt des Actenstückes den den Umständen angemessenen Gebrauch zu machen. In Betreff der orientalischen Frage soll auch Fürst Gortschakoff, indem er zugleich die Pflicht der christlichen Staaten Europas betont, den Christen, die unter türkischer Herrschaft leben, den Schutz zu gewähren, dessen sie bedürftig sind, sich wie das Rundschreiben des Herrn de Lavalette nicht billigt, auch über die Insurrection auf türkischem Gebiete auszusprechen. Das russische Circular soll so datirt sein, daß es zweifelhaft bleibt, ob es als Beantwortung des Lavalette'schen gelten oder durch dasselbe provocirt sein kann. Es datirt wahrscheinlich vom 22. September.

Die Auflösung der niederländischen zweiten Kammer ist bekanntlich die Folge eines Misstrauensvotums, welches durch die Colonialfrage herbeigeführt wurde. Der Gang der Ereignisse wird dargestellt wie folgt: Vor drei Viertel Jahren entsandte sich bekanntlich Thorbecke mit Franzen van der Putte, dem damaligen Colonie-minister, und trat deshalb von der Leitung des Cabinetes zurück. Van der Putte hatte für die Colonien seinen Reorganisationsplan entworfen, wonach den Japanesen das Besitzrecht und auch unter gewissen Einschränkungen das Veräußerungsrecht über ihre Ländereien zugesprochen werden sollte. Die Conservativen wollten ihnen aber nur die Nutzung bewilligen, um zu verhindern, daß Europäer oder Chinesen die Eingeborenen austauschten. Ein liberaler Abgeordneter machte den Vermittelungs-Vorschlag, der denn auch von allen Conservativen und einem Theile der Liberalen angenommen ward. Das Ministerium aber zog darauf seine Gesetzentwurf zurück und dankte ab. Das jetzige Ministerium Graf Japen nahm die Colonialfrage wieder auf und über hatte das Indische Budget zu vertreten. Während der Debatten machte er den Kammern ausdrückliche Concessionen. Am 15. September genehmigte die Erste Kammer das Budget und am nächsten Tage meldete der „Staats-Courant“, daß Myer zurückgetreten und Herr Trafaen Colonialminister geworden sei. Einige Tage darauf erfolgte Averb's Ernennung zum General-Gouverneur von Ostindien. Dies nahm die Kammer sehr übel, und obgleich sie ihre Adresse an den Thron sehr loyal hielt, konnte sie es doch nicht unterlassen, dem Ministerium ein entschiedenes Misstrauensvotum zu geben. Keuchenius, der dasselbe beantragte, gehört der conservativen Partei an. Das Ministerium hat die Frage dem Könige vorgelegt und dieser hat nun entschieden, daß an die Wähler des Landes appellirt werden soll.

Auch die portugiesische Regierung ist kürzlich der Genfer Convention vom 22. August 1864 zur Verbesserung des Lozes der im Kriege verwundeten Militärs beigetreten. Außer Sachsen und einigen anderen norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten, die in Kriegsfällen mit Preußen vereinigt sein werden, sind nunmehr Rußland und der Kirchenstaat die einzigen europäischen Mächte, welche der gedachten Convention noch nicht beigetreten sind. Die europäische Commission zur Regulierung der Schifffahrt auf der unteren Donau, die alljährlich weimal in Galaz zusammenzutreten pflegt, im vergangenen Frühjahr aber wegen der politischen Verwicklungen ihre Sitzungen ausfallen ließ, wird sich, wie aus Wien gemeldet wird, in der zweiten Hälfte dieses Monats zu einer ordentlichen Session vereinigen.

In der Rhein-correctionsangelegenheit ist von dem schweizerischen Geschäftsträger in Wien, Herrn Lepi, ein neuer Bericht in Bern eingetroffen. Derselbe war laut Bernehmen vom Bundesrath ermächtigt worden, der österreichischen Regierung das Anerbieten zu machen, dieses Unternehmen auch auf österreichischem Gebiet, auf Kosten der Eidgenossenschaft, auszuführen, wenn sie zu dem sogenannten Sussacher Project diene, und die ausgelegten Gelder in gewissen später festzustellenden Terminen zurückzahlen werde. Dieses Anerbieten scheint in Wien eine gute Aufnahme gefunden zu haben. Wenigstens lautet der neue Bericht des Herrn Lepi für das Sussacher Project wieder günstiger; eine bestimmte Zulage ist jedoch, auch jetzt noch nicht erfolgt, weil, wie die österreichische Regierung erklärt hat, unter allen Umständen vorher der Landtag in Vorarlberg und in Tirol um seine Meinung befragt werden müsse.

Die Auslegung des Testaments des Königs Leopold I. von Belgien ist mit Schwierigkeiten verbunden, deren hauptsächlichste in der Vorsicht besteht, die anzuwenden, um die Veröffentlichung dieses Testaments zu verhindern, indem dasselbe außer den allgemeinen Dispositionen und Privatlegaten politische Verhandlungen von großer Tragweite enthält. General Pri m soll sich von Brüssel heimlich nach Spanien begeben haben.

Die Berliner officiösen Blätter beginnen in der orientalischen Frage offen Partei für Griechenland zu ergreifen und Front gegen die Westmächte zu machen. So entnehmen wir einem Artikel der „N. A. Z.“ folgende Stelle: Wir, die wir in Preußen kein näher liegendes Interesse daran haben, wie sich die Ereignisse in Griechenland entwickeln werden, können uns so ungeheuer die Ansicht aussprechen, daß die drei Schutzmächte besser daran gehen hätten, ein Abkommen zu treffen, nach welchem die Regierung der zu dem gegenwärtigen Griechenland gehörenden Länder durch den von ihnen ernannte Statthalter geführt würde, anstatt dort abermals eine Dynastie zu compromittiren und das Princip des Königthums zum Gespött der Völker Europas werden zu lassen. Es geht, schreibt man der „N. A. Z.“, das fabelhafte

Gerücht und findet selbst in französischen Blättern Erwähnung, die mexicanische Regierung habe die zur Bezahlung der Zinsen der mexicanischen Anleihe nötigen 15 Mill. in der That eingeliefert, der Finanzminister Fould aber habe dieselben den Gläubigern vorenthalten, um den zur Rückzahlung des Capitals bestimmten Fonds zu vermehren. Jedenfalls wird von Seiten der französischen Regierung ein energisches Dementi erfolgen.

Der Präsident der Republik Haiti hat der Kammer der Abgeordneten zwei wichtige Gesetze vorgelegt, welche auch von derselben angenommen worden sind. Durch das erste Gesetz wird die Präsidentschaft, die früher lebenslanglich war, auf die Dauer von fünf Jahren beschränkt. Das zweite Gesetz hebt die Todesstrafe für politische Verbrechen auf.

### Krakau, 6. October.

In der vorgestrigen Sitzung des Gemeinderathes wurde bei Beratung des fünften Gegenstandes der Tagesordnung (Anweisung von 1000 fl. österr. Währ. aus dem städtischen Fonds zum Ankauf von Lebensmitteln für das Arbeits- und Versorgungsbüro, Referent Herr Bentkowski — nebst dieser Angelegenheit standen, wie wir recapitulieren müssen — noch folgende Gegenstände auf derselben: 6. Bestätigung des Contractes mit dem Bildhauer S. Molinkiewicz über Verzierung des Rathsaussaales, Ref. Herr Muczkowski; 7. Genehmigung der Geschäftsordnung des Gemeinderathes, Ref. Dr. Zyblikiewicz; 8. Aufnahme des Herrn Adolph Moreau als unbesoldeten Concepts-Prakticanten des Magistrats, Ref. Dr. Koczynski) die Frage, ob der ganze Bericht über diese Angelegenheit anzuhören sei, verneint. Es handelt sich also nur um den Voranschlag von 1000 fl. Herr Bielkiewicz erfährt auf seine Anfrage, daß diese Quote nicht jene bereits genehmigte (von 500 fl.), sondern eine weitere sei. Nach einer lebhaften Debatte, ob die Angelegenheit nicht zu vertagen wäre, zieht Dr. Samelson seinen diesfalls gestellten Antrag zurück. Die Anweisung von 1000 fl. wird einstimmig angenommen. 6. Die Anträge betreffend die Genehmigung des von Herrn Molinkiewicz gestellten Offertes, die Arbeiten im Rathsaussaal für den Betrag von 5025 fl. bis August 1867 herzustellen, werden angenommen. 7. Beratung der Geschäftsordnung. Referent Dr. Zyblikiewicz, Herr Chrzanowski beantragt, die provisorische Geschäftsordnung anzunehmen und für die künftige Sitzung die Einzeldebatten zu vertagen, aus Mangel an Zeit. Dr. Schönborn will nicht die einzelnen Paragraphen, sondern nur die 27 differierenden gelesen wissen. Dr. Machalski stimmt mit Herrn Chrzanowski jedoch nicht für die Annahme, sondern will eine Vertagung ad feliciora tempora, eine beiläufige Besprechung, da andere Gegenstände darunter leiden würden. Dr. Koczynski ist für Herrn Chrzanowski's en bloc-Annahme, gegen Dr. Machalski, und beantragt eine außerordentliche Sitzung ad hoc. Herr Langie beantragt, die Geschäftsordnung auf 3 Monate anzunehmen. Referent Dr. Zyblikiewicz erklärt, die Commission sei entschieden gegen den Antrag Machalski, aber auch gegen den Antrag Chrzanowski, obwohl er viel für sich habe. Bei der Abstimmung über den Antrag Machalski zeigt sich ein unsicheres Resultat, eine zweite ergibt die Verwerfung des Antrages. Der genugsam unterstützte Antrag Chrzanowski (die Discussion zu suspendiren, die provisorische Geschäftsordnung anzunehmen, zu discutiren, wenn es der Gemeinderath will) erhält die Majorität, womit auch implicite dem Antrag Langie (provisorische Annahme der Geschäftsordnung auf 3 Monate und Aussetzung der Debatte auf ebenso lange Zeit) zugestimmt wurde. Dr. Zyblikiewicz erinnert daran, daß der Landtag bis heute noch bloß eine provisorische Geschäftsordnung habe und fragt mit dem Vorsitzenden, ob mit der Debatte vorzugehen sei. Dr. Majer sieht in der Annahme des Antrages Chrzanowski keine Vertagung, sondern den Entschluß, so oft Zeit sei, über die Geschäftsordnung zu debattiren; man solle für heute, weil es spät, dies unterlassen, dafür so oft man könne, discutiren, nicht vom §. 1 bis zum letzten, sondern nach Maßgabe der sich ergebenden Erfahrungen, das Statut sei angenommen, dies und die einzelnen Paragraphen könnten in jeder Sitzung zur Beratung kommen. Herr Feintuch will die Debatten je nach Zulässigkeit der Zeit oder in 4 Sitzungen getheilt wissen. Dr. Koczynski ist der Ansicht, die Angelegenheit sei im Princip entschieden, das Statut sei angenommen, weiter sei er mit Herrn Langie für die in 3 Monaten vorzunehmende meritorische Discussion. Bei der abschließenden Abstimmung wird der Antrag Langie unterstützt, der Antrag Koczynski fällt; der Antrag Dr. Dietz's (Beratung der Geschäftsordnung in jeder Sitzung) hat 22 Stimmen für, 22 gegen sich. Der Vorsitzende bringt dann den Antrag der Commission (Sitzung ad hoc) zur Abstimmung, derselbe wird mit 28 Stimmen angenommen. Die um 5 Uhr begonnene öffentliche Sitzung verwandelt sich um 8 Uhr in eine geheime, in welcher noch Punkt 8 der Eingangs mitgetheilten Tagesordnung (i. o.) zur Beratung kommt. Der gefaßte Beschluß ist im Resultat dem Candidaten günstig.

### Achtzig Tage in preussischer Gefangenschaft.

Vom Trautenaauer Bürgermeister Dr. H. Noth.

#### III.

Ein Tagarbeiter mit seinem Werkzeuge geht unter der Mühle dem Mühlgraben harnlos entlang; ihm begegnen preussische Soldaten; ohne ein weiteres Wort als „österreichischer Hund“ zu sprechen, stoßt ihm der eine preussische Soldat das Bajonnet durch die Brust, ein zweiter stoßt ihn in den Mühlgraben; bei der Spittelmühle wird er frischblutend als Leiche aufgefangen. Der Name dieses Tagarbeiters ist noch nicht eruiert. Ein unter Curatel gesetzter, in der Regel betrunkener Böhmer Namens Meigel aus Goldendöls, meldet aus dem Gasthose „zur Spitz“ in der Ober-

vorstadt taumelte, wurde sofort erschossen, den ältlichen, kränklichen Eigenthümer des Gasthofes, der sieben Jahre kein Gewehr in der Hand hatte, schleppte man als Gefangenen fort unter dem Vorwande des Schießens auf die preussischen Truppen.

Weberdies sind wunderbar nur noch zwei Civilpersonen in Trautenaau getödtet worden: der 83jährige Stephan Feist und eine 28jährige Frauensperson, die in ihren Wohnzimmern durch die Fenster, nach der Lage der Häuser zu urtheilen, von den Kugeln österr. Soldaten getroffen wurden.

Um die Mittagszeit wurden einzelne Soldaten Abtheilungen (Disprehen) zugelassen; sie gehorchten auch nur schwer dem Befehl ihrer Vorgesetzten; ich hörte einen Unterofficier in Scheltworten über die Soldaten ausbrechen, die aus den Schänkstuben des Gasthofes „zum weißen Roß“ nicht herauszubringen waren; er griff endlich zu einer energischen Mahnung, er schoß von außen durch das Fenster über die Köpfe der Soldaten in die Schenke; die Kugel traf eine an der Decke hängende Petroleum-Lampe, von deren Trümmern und Inhalt die Umstehenden überschüttet wurden.

Der Kampf scheint für die Oesterreicher ungünstig zu werden; die nahen Höhen des Johanns- und Galgenberges sind von den Preußen besetzt, nur von dem Hopfenberge werden noch Gewehrschüsse in der Richtung der Niedervorstadt geseuert; entferntere, offener von den Höhen hinter dem Johannsberge abgeseuerte Hohlflügel treffen einzelne Häuser der Stadt; ungeachtet des scheinbaren Vortheiles der Preußen merkte ich doch eine besorgte, ängstliche und sehr gereizte Stimmung unter den höheren Officieren.

Umgekehrt um 12 Uhr Mittags, als ich eben auf einige Augenblicke in den Kreis meiner Familie getreten war, riefen mich zwei Soldaten zu einem Commandanten, der Oberst titulirt wurde. Derselbe empfing mich barsch und sagte mit böhnischer Miene: „Sie haben Ihre Bürger schon abgerichtet, die feuern ja auf uns.“ Ich antwortete hierauf: „Das ist nicht möglich.“ er erwiderte: „Dem Kirchhufe aus wurde Einer verwundet, und soeben ist aus der Apotheke geschossen worden.“ Ich erklärte ihm, daß ich das nicht glaube, es müsse ein Irrthum oder eine Täuschung zu Grunde liegen. Hierauf entgegnete er: „Das wird sich zeigen, Sie sind gefangen“, und zu den zwei Soldaten gewendet: „Rente, laßt ihn mit Niemandem reden, Ihr seid für ihn verantwortlich.“

Ich stand mit dem Gesichte gegen die Apotheke gewendet, auf dem Ringplatze; plötzlich rief ein Officier zu Pferde: „Schon wieder ein Schuß aus der Apotheke!“ Das war falsch; es schlugen gleichzeitig mehrere Flintenkugeln von den südlichen Höhen her in eine zwischen der Apotheke und dem Nachbarhause hervorragende Feuermauer, und der aufwirbelnde Rauch scheint für Pulverrauch gehalten worden zu sein; überdies hätte der Schuß vom Dache aus abgeseuert sein müssen, und die Apotheke hat auf dieser Seite keine Dachlufe.

Ich war erst einige Minuten gefangen erklärt, so brachte man auch den Bezirksamtsadjuncten Johann Schepf, den Apotheker Carl Czerny, den provisorischen Schützengemeinschaften Emanuel Fiedler, den Maschinenmacher Joseph Keel und den Polizeimeister Ignaz Guttsch als Gefangene aus den Häusern. Ich mußte noch als Gefangener eine Requisition von Stroh besorgen, während dem wurden die Uebrigen paarweise mit Stricken zusammengebunden und die Paare wieder mit einem Stricke vereinigt und vom Ringplatze auf der Straße gegen Königshain abgeführt. Nachdem ich die Stroh-Requisitionen besorgt hatte, kam ich nochmals einen nur einzeln auf dem Ringplatze stehenden Oberst, mich zu entlassen, da die wider mich gerichtete Beschuldigung nur auf einem Irrthum beruhen könne; als mir dies verweigert wurde, kam ich auch vergebens um die Gestattung, von meiner Familie Abschied nehmen und zwei Sparassbücheln, die ich zufällig bei mir hatte, abgeben zu dürfen. So mußte ich, begleitet von zwei Soldaten des 41. Infanterieregiments, die Stadt verlassen, ohne daß meine Familie von meiner Gefangenennahme Kenntniß hatte. Unterhalb des Niedertores und dann bei der Spittelmühle wurde durch österreichische Soldaten von den Höhen bei Kriebitz die mich begleitenden Soldaten geschossen, die Kugeln schlugen neben uns in die Mauer ein, ohne Jemanden zu treffen. Als ich mit meinen Begleitern beim ersten größeren Truppenkörper ankam und der Commandant die Soldaten fragte, wer ich sei, führten sie mich, als wenn sie es aus eigener Wahrnehmung wüßten, als den Bürgermeister auf, der preussische Soldaten erschließen ließ. Ich widersprach ziemlich barsch dieser Fuge, und von da an präsentirten sie mich bis zur Uebergabe oberhalb Wollta, eine Stunde von Trautenaau, nur als den Bürgermeister.

Auf dem Platze angelangt, wurden mir die beiden Hände mit einem neuen Stricke fest zusammengebunden, und ich wurde commandirt, mich niederzulegen. Nebst den Obgenannten, fand ich auf dem Felde einige Schritte von mir bereits gebunden lagern die beiden Trautenaauer Postbeamten Capewitz und Sub. den Häusler Johann Thamm aus Groß-Lupa, den Trautenaauer Bürger Hönig aus der Niedervorstadt, die Fabrikarbeiter Müller und Schlumpf, den Tagelöhner Franz Neß aus Bausnitz, einen Leiermann aus Annau, den Schlosser Kneitschel aus Freiheit. Die meisten dieser Personen hatte ich noch nie gesehen. Nach ungefähr einer Stunde — meine Hände waren mittlerweile ganz blau geworden — brachten sie den Gasthofbesitzer Anton Stark, den Maschinenbauer Wilhelm Ritschaw aus Leeds (England), den Kellner Rudolph Emt aus Hohenelbe und den Schuhmacher Anton Wandisch aus Parschnitz.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. October.

Das Namensfest Sr. Majestät des Kaisers, schreibt die „Debatte“, hat den Völkern Oesterreichs ein wertvolles Angebinde gebracht. Der Ausnahmestand ist aufgehoben; mit dem heutigen Tage treten die Gesetze wieder in volle Wirksamkeit und die Völker in den Vollgenuß der Freiheiten und des Schutzes, welche jene ihnen gewähren und verbürgen. Doch nicht allein deshalb heißen wir die Allerhöchste Entschliebung hochwillkommen, von welcher die Kundmachung des Statthalters Kunde gibt. Die Schranken, welche außerordentliche Umstände der freien Bewegung, der Selbstthätigkeit der Bevölkerung gezogen, sind gefallen, und eine weite und freundliche Aussicht eröffnet sich unseren Blicken. Unvorhersehbare Hindernisse haben die „freie Bahn“ verlegt; jene sind beseitigt, diese muß uns denn auch nun offen stehen. Die Erklärung, welche den Ausnahmestand aufhebt, wäre eine unvollständige, würden ihr nicht Schritte auf dem Fuße folgen, welche den Boden des Positiven, des Schaffens und Gündens betreten. Die Erwartung ist wohl berechtigt, daß die Stunde der Action für Regierung und Völker demnächst schlagen wird. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Erwartung sich nicht als unbegründet erweisen wird.

Die mährische Landeshauptmannschaft veröffentlicht am 3. d. folgende Resolution, welche Sr. Maj. der Kaiser als Antwort auf die Loyalitäts-Adresse des mährischen Landesausschusses an den Staatsminister gelangen ließ: „Ich habe von dem loyalen und patriotischen Inhalte dieser Adresse mit Wohlgefallen Kenntniß genommen und beauftrage Sie, Meine Markgrafschaft Mähren durch ihren Landesausschuss Meiner kaiserlichen Huld und Gnade und Meiner ersten Fürsorge zu versichern, die schweren Leiden, welche die Kriegsergebnisse für Mein treues Mähren im Gefolge hatten, nach Kräften zu lindern.“

Wien, am 27. September 1866.

Franz Joseph.

Sr. Maj. Kaiser Ferdinand wird neueren Verfügungen zufolge schon am 10. d. Ihre Maj. die Kaiserin Maria Anna am 11. Oct. in Prag eintreffen.

Sr. k. Heilich Erzherzog Albrecht gab heute anlässlich des kaiserlichen Namensfestes in der Weißburg ein großes Diner, an dem sämtliche hier anwesende Mitglieder des Hofes theilnahmen. Aus Linzburg meldet man vom 29. September: Dem Vernehmen nach haben Sr. k. Heilich Erzherzog Stephan von Oesterreich nach einem kurzen Aufenthalt in Schäßburg heute wieder verlassen. Der Erzherzog wird sich zunächst in die Schweiz und in das südl. Frankreich begeben. Auch während seiner Abwesenheit werden die Bauten auf seinem Schlosse an der Bahn durch Baumeister Friedrich unaußgesetzt weiter geführt.

Der König und der Kronprinz von Hannover wohnten heute früh dem Festgottesdienste in der Pfingster Pfarrkirche bei.

Die Königin von Sachsen ist gestern von Jsch über Weß und Passau nach Regensburg abgereist. Die mehrfach angeforderte Konferenz deutscher österreichischer Abgeordneter in Wien sollte gestern — Donnerstag — Abends 10 Uhr mittheil einer Vorbesprechung inaugurirt werden, nachdem die anwesenden Conferenzenmitglieder sich voreinstimmig einem Diner an der Tafel eines Wiener Reichsraths-angeordneten vereinigt. Es waren bis gestern Abends zur Konferenz, wie mehrheitlich berichtet wird, erschienen: Dr. Giska, Dr. v. Hein, v. Hopfen, Graf Eugen Kinsky, Freiherr v. Pratoberera, Freiherr von Tinti, v. Tschabuschnigg und v. Waser. Dr. Berger weilt in Jsch, v. Kaiser in Salzburg, v. Szabel befindet sich auf Reisen, Dr. Rechbauer ist durch Privatgeschäfte abgehalten. Ob Dr. Schindler und Herr Kuranda, welche beide abwesend von Wien, erscheinen werden, war bis zur Stunde noch zweifelhaft, ebenso war es von Herrn v. Kaiser, selbst noch nicht bestimmt, ob derselbe seinen Sommerst, wo seine Gattin krank zu darniederliegt, werde verlassen können. Von den deutschen Abgeordneten aus Böhmen war kein einziger zu der Beratung bisher gekommen. Das kaiserliche Programm, das nach einer telegraphischen Mittheilung bereits unter der Parteigenossen eintreff, dürfte nach dem „Neuen Fremdenblatt“ in der Konferenz deutscher Abgeordneter keiner Beratung unterzogen werden. Es wird dasselbe erst dann der Öffentlichkeit übergeben und in weiteren Kreisen bekannt werden, wenn die Kollegen Kaiserfeld's ihre Uebereinstimmung mit demselben erklärt haben werden. Man versichert, das kaiserliche Programm sei ein ebenso gründliches als umfassendes Actenstück.

Die Chefs der bedeutendsten Telegraphen-Correspondenzbureaux haben sich gegenwärtig in Wien versammelt um in mehreren Conferenzen unter einander Vereinbarungen zu treffen. Das hiesige Correspondenzbureau hat nämlich, nachdem es bereits vor Beginn des letzten Krieges sein Verhältniß zu dem Berliner Correspondenzbureau geklärt und später modificirt hat, eine bei weitem erhöhte Bedeutung für die anderen Correspondenzbureaux erlangt.

Der Bischof von Linz hatte in der letztverfloffenen Nacht einen Anfall von Brechruhr, befindet sich jedoch bereits etwas besser.

Ans Außsig, 3. October, wird folgende wohl auf einem Irrthum beruhende Nachricht gemeldet: Heute Nacht war eine preussische Cavallerie-Patrouille, bestehend aus zwei Mann, in unserer Stadt. Sie kam gegen 2 Uhr Morgens an, und ritt bis in die Kulmer Vorstadt, woselbst sie vor dem Albrechtischen Hause Halt machte, frische Cigarren anzündete und wieder zurückritt. Ein Mann, welcher,

weil er keinen Schlaf fand, zum Fenster hinausschaute, sah die Patrouille und machte heute die amtliche Anzeige. Wir zweifeln nicht, daß die Regierung energische Schritte einleiten wird gegen eine derartige Grenzverletzung.

Das silberne Grabmal des heil. Johannes Nepomuk im Beisdom in Prag wurde am 3. d. Früh von Sr. Hochw. dem Herrn Canonicus P. Würfel mit Beihilfe mehrerer Priester aus 16 Kisten, in denen selbes verpackt gewesen, ausgepackt, und überwachten diese Herren die sofortige Aufstellung, welche bis Abend vollendet werden sollte. Künftige Woche beginnt die Uebertragung des Sarges mit den Reliquien des heil. Johannes von Nepomuk von Salzburg aus, in feierlicher Weise. Die Feiertlichkeit besteht darin, daß diese Reliquien zur Pfarre in feierlicher Procession von Salzburg bis Prag gebracht und hier unter Ceremonien, deren Details noch nicht festgestellt sind, beigelegt werden.

Der größte von allen bisher in Sammlungen vorhandenen Meteorsteinen befindet sich gegenwärtig im k. k. Hofmineraliencabinete, wohin er vor Kurzem gebracht wurde. Dieses Meteor fiel am 9. Juni d. J. kurz vor 5 Uhr Nachmittags bei heiterem, wolkenlosem Himmel bei Anyahing, einem kleinen Dorfe nächst Nagyberezna im Ungvarer Comitate in Ungarn, mit einer heftigen Detonation zu Boden, in welchem er sich ein neun Schuh tiefes Loch bohrte. Er wiegt 560 Pfund und gehört zu den eisenreicheren, deren specifisches Gewicht mit dem von unserer Erde übereinstimmt. Die Form dieses Meteorsteins ist wie die fast aller bisher beobachteten nicht rund, sondern nahezu dreieckig. Es sind mit dem Massensteine gleichzeitig gegen hundert kleinere Stücke bis zu 1/2 Loth gefallen, welche alle überrindet sind, woraus hervorgeht, daß das Meteor beim Eintritt in die Atmosphäre wahrnehmlich zerprang und sich in viele kleinere Partikelchen zertheilte.

Die von den Gemeinden des Preßburger Comitates bisher der betreffenden Commission angemeldeten, von den Preußen verurtheilten Kriegsschäden betragen für: Gayring 10,000, Limburg 5386, Magyarsalva 7061, Saksobors, 1678, Malaczka 22,026, Kitiopolz 3308 Gulden; ferner an Privateigenthum in den Besitzungen des Fürsten Palfy 22,093, Zinkendorf 3095, Klein-Schützen 5477, Apfelsbach 540, Hus-Sgt. Georgen, Sgt. Miklos und Sgt. Peter 3892, Gohsprunka 4334, Kulto 796, Gr. Schützen 16,922, St. Johann 9031, Szikula 3222, Zavad 2100, Herrschaft St. Johann 22,595 Gulden österr. Währung.

Der Festungscommandant in Verona, FML Jacobs, hat unterm 25. v. M. an die dortige bischöfliche Curie folgenden Erlaß gerichtet: Im Interesse der öffentlichen Ordnung und weil der Klaus sich schon wiederholt zum Mithuldigen politischer Demonstrationen gemacht hat, beschle ich die Schließung der Kirche San Anastasio auf unbestimmte Zeit.

### Deutschland.

In Hannover fand am 30. September auf Einladung des Hrn v. Bennigsen eine Versammlung von 39 vormaligen Abgeordneten der zweiten Kammer statt. Man beschloß an die Bewohner eine Ansprache zu richten, in welcher die Lage des Landes, die Art und Weise, wie sie herbeigeführt worden, und die Stellung der liberalen Partei vor und während der Krisis wie gegenüber den neuen Entwicklungen dargelegt werden soll.

Von dem hannoverschen Obergerichte in Aurich wurde am 21. Sept. ein Majestätsbeleidigungsproceß verhandelt, der wegen seiner Nebenstände von Interesse ist. Am 26. Juli, also bald nach der Schlacht bei Langensalza, äußerte sich der Bierbrauer Panneberg in Weener in beleidigender Weise über den König Georg. Die Sache wurde denuncirt und der König ermächtigte am 28. Juli das Justizministerium die Untersuchung einleiten zu lassen. Bei der Strafverhandlung machte nun der Verteidiger unter anderem geltend, daß König Georg am 6. Juli factisch bereits des Besitzes entsetzt war und somit auch gegen ihn das Verbrechen der Majestätsbeleidigung nicht mehr habe begangen werden können. Weiter behauptet der Verteidiger, daß die auf Befehl des Königs ergangene Ermächtigung des Justizministeriums ungültig sei, nachdem bereits unterm 8. Juli vom damaligen Gouverneur des Königreichs General Bogel v. Falkenstein die Ordre ergangen war, daß alle Behörden ihre Befehle und Anweisungen nur von ihm, dem preuß. Gouverneur, zu empfangen hätten. Das Gericht entschied indeß, daß der König von Hannover im rechtlichen Sinne als am 6. Juli bereits depossidirt nicht angesehen werden könne, und verurtheilte den Beschuldigten zu 4 Monaten Arbeitshaus.

Berliner Blätter behaupten, daß mit wenigen Ausnahmen sämtliche kurbesische Officiere in der preussischen Armee fortzuziehen werden. Nur die bisherigen Gades du Corps scheinen fast ausnahmslos den Dienst verlassen zu wollen.

Aus Wiesbaden schreibt man dem „Fr. S.“: Das hiesige Theater (das Gebäude gehört der Stadtgemeinde, die Garberbe und Bibliothek dem herzoglichen Hause) wurde bisher vom Lande mit 25,000 fl., von der Stadtgemeinde mit etwa 6000 fl. der Spielbank mit circa 50,000 fl. und dem Hofe besonders mit 5000 fl. in Summa mit circa 86,000 fl. jährlich subventionirt. Man befürchtete sehr, daß nummehr die Subvention des Landes, des Hofes und der Spielbank weggelassen würden, und damit das Theater, welches seither mit zu den besten Deutschlands gehörte, zu einer Bühne dritten Ranges degradirt würde. Diese Befürchtung, an welche sich allerlei Besorgnisse hinsichtlich des durch das Theater bedingten Fremdenbesuches knüpfen, ist plözlich beseitigt worden. Die Verwaltung des Theaters ist nämlich der königlich preussischen Posttheater-Intendantur in Berlin unterstellt, der bisherige herzogliche Intendant entlassen und in der Person des Herrn v. Bezaingolle ein königlicher Intendantur-Commissar, welcher die specielle Leitung unserer Bühne übernimmt, bestellt worden. Damit ist die Qualität des



Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft...

Wien, am 24. Juli 1866. Der k. k. Präsident: Wojchan m. p. Der k. k. Rathsecretär: Thallinger m. p.

Das k. k. Landesgericht in Lemberg hat am 28. August 1866, Zahl 12.308, zu Recht erkannt, daß der Inhalt der Broschüre: 'Biblioteka pisarzy polskich, Tom Trzydziesty szósty, Poezye Romana Zimorskiego...'...

Das k. k. Landes- als Presgericht in Prag hat mit dem Erkenntnis vom 30. August 1866, Z. 18.148, zu Recht erkannt: Der Inhalt der zu Prag und an mehreren anderen Orten Böhmens betretenen Druckschrift: 'Plác koruny české...'...

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, der Inhalt des Aufsatzes: 'Prediger Sellner, über die Ursachen unserer Niederlage...'...

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckschrift: 'Hohenzollern, Sabsburg und Frankreich für und gegen Deutschland...'...

Wien, am 19. September 1866. Der k. k. Vice-Präsident: Schwarz m. p. Der k. k. Rathsecretär: Thallinger m. p.

3. 18288. Edict. (1031. 2-3) Vom k. k. Landes- als Handelsgerichte wird über die von Johann Kloska, Apotheker und protocollirten Rosoglio und Liquor-Fabrikanten in Saubusch gemachte Anzeige von der Einstellung seiner Zahlungen über das sämtliche bewegliche und über das in jenen Kronländern, für welche das Gesetz vom 17. December 1862 Nr. 97, N. G. M. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen derselben das Ausgleichsverfahren eingeleitet...

mezo i mierzuchomego w krajach koronnych, dla których ustawa z dnia 17 grudnia 1862 nr. 97 dz. p. obo- wiazujaca znajdujacego sie majatku, postepowanie ugo- dnie, mianuje zarazem c. k. notaryusza p. Bernarda Salmana Neuman, Josef Watorek, Josef Sper, Girtch Perl- Nechy komisarzem sadowym do uskutezniczenia zajecia, berger, Jaaf Herschthal, Simde, Kachane, Johann Fuchsig, Salinen-Apothete in Wieliczka und die k. k. Fi- nanz-Landes-Direction in Krakau Namens des hohen Aera- rars welche eine Forderung an die benannte wie auch alle, welche eine Forderung an die benannte Nachlassmasse haben, aufgefordert, daß sie ihre auf was im- mer für Rechte sich gründenden Ansprüche bis zum 15. De- zember 1866 amelden sollen, widrigenfalls sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein, und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Masse angehalten werden würden.

3. 660. Edict. (1022. 3) Vom k. k. Bezirksgerichte zu Oswiecim wird bekannt gemacht, daß über Ansuchen des Blasius Glab die execu- tive Feilbietung der den Eheleuten Anton und Marie Szczerbowski gehörigen, hier in Oswiecim sub Nr. 22/29 gelegenen, auf 3667 fl. 34 kr. geschätzten Hauses wegen schuldiger 151 fl. 75 kr. f. N. G. bewilligt und dieselbe hiergerichts in drei Terminen: am 6. November 1866, der zweite am 6. December 1866 und der dritte am 9. Jänner 1867, jedesmal um 9 Uhr Vormittags abgehalten wird. Den Ankaufspreis bildet der Schätzungs- werth pr. 3667 fl. 34 kr. f. N. G. Die Licitanten haben als Badium 10% des Ankaufspreises im baaren Gelde, oder in Staatsschuldverschreibungen und den Pfandbriefen der galizischen ständlichen Credit-Anstalt, bei den Legteren nach dem dem Licitationstage vorgehenden, in der 'Kra- tauer Zeitung' ersichtlichen Tagescourse zu Händen der Licitations-Commission zu erlegen. Sollte diese Realität ar- beiten 3 Terminen nicht um oder über den Schätzungs werth verkauft werden, so wird zur Feststellung erleichternder Be- dingungen die Tagfahrt auf den 9. Jänner 1867 um 3 Uhr Nachmittags festgesetzt, bei welcher die Tabular-Gläu- biger zu erscheinen haben. Der Schätzungsact, Grund- buchauszug und die Licitationsbedingungen können bei Ge- richt, der Steueransweis beim hierortigen Steueramte ein- gesehen werden.

Hievon werden der Executionsführer Blasius Glab die schuldenreichen Eheleute Anton und Maria Szczer- bowski, ebenso die bekannten Gläubiger, dann diejenigen, denen der Licitationsbescheid nicht rechtzeitig zugestellt werden würde, zu Händen des Herrn Joseph Palczewski, Bürgers zu Oswiecim verständigt. R. k. Bezirksamt als Gericht. Oswiecim, den 22. April 1866.

Nr. 1439. Edict. (1011. 3) Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte in Wieliczka wird über das gesammte zum Nachlasse nach Carl Dunaj gehörige

Die Concurrenz-Bäckerei in Krakau Schustergasse, Eckhaus bei den Anlagen, gibt Käusern und Verkäufern des Gebädes bekannt, daß dort Brod und Semmeln verschiedener Gattung zu den billigsten Preisen täglich gebacken werden. Wer für 3 Kreuzer kauft, zahlt nur 2 1/2 Kreuzer. Vom 8. October l. J. anfangen, wird auf Verlangen der Abnehmer des Gebädes eine entspre- chende Quantität ausgearbeiten werden und der Preis je nach der Größe der Abnahme festgesetzt; das Gebäc kann auch auf Borg gegen monatlich Zahlung, jedoch gegen Garantie gegeben werden, wozu entsprechende Bücher zur Verzeichnung des gewählten Gebädes und Erhaltung der Controlle verabsolgt werden. Alle Gebädgattungen werden je nach dem Bedarf dreimal im Tage frisch gebacken. Für die Güte des Gebädes wird in jeder Hinsicht vom Unterzeichneten georgt. (1033. 2) Franz Henisch.

Damen- und Herren-FRISIR-SALON Grodgasse, im Hause des Hrn. Borzewski Nr. 65 neben dem Garten, des Hrn. Schachner in Krakau empfiehlt dem P. E. Publicum den eben frisch aus Paris und London an- gekommenen Transport, allerhand Po- maden, Versümerien, aller Gat- tungen Kämmen und Bürsten, sowie aller zur Damen- und Herren- Toilette gehörenden Artikel, die zu nie- drigsten Preisen verkauft werden. Ferner habe ich nach dem Beispiele des Auslandes in meinem Salon feste Preise möglichst niedrig eingeführt und zwar kostet eine elegante neuerfun- dene Herrenperücke von 3-10 fl.; eine Damenperücke von 3-24 fl.; eine halbe Perücke der j. g. Scheitel für die israelitischen Damen von 1-10 fl. Krepshaare zu den modernen Damen- frisuren von 20 kr. bis 1 fl. Einmalige dauerhafte Färbung der Haare 50 fr. - Vollkommene Instruirung des Damen- frisirens 5 fl. - Einmaliges Damenfrisiren im Salon 50 kr., im Hause 80 kr. - Ein Billet dienlich zum 12maligen Haar- schneiden oder Haarbrennen 1 fl. 50 kr. - Auch werden zu Anwenden auf belie- bige Art von Haaren Uhrketten, Arm- bänder u. d. g. für sehr mäßige Preise erzeugt. - Alle Arbeiten aus gegebenen Haaren vollführt der Geferdigte um die Hälfte billiger, als bisher. - Alle Arbeiten aus Haare werden von 20-50 fr. ausgebeugt. Einmaliges Färben Rasiren, Kämmen und Haarpomadiren 10 fr.; monatlich im Salon 50 fr.; zu Hause 1 fl. Die studirende Jugend zahlt die Hälfte. Einmaliges Haarschneiden oder Haarbrennen 20 kr. Alle diese Preise gelten auch für meinen in Rzeszow etablirten Frisir-Salon Stanislaw Komunicki, Peruqueur et Coiffeur.

Meteorologische Beobachtungen. Table with columns: Tag, Barom.-Höhe auf in Paris, Barom. in Rzeszow, Temperatur, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen der Luft, Veränderung der Wärme im Laufe des Tages.

L. 4081. Edykt. (1018. 2-3) Ze strony c. k. powiatowego Sadu w Bochni ogla- sza sie niniejszem, ze c. k. Sad krajowy uchwala z dnia 23 lipca 1866 do liczby 13398 nad Kasprem Stoklosa z Kolanowa o marnotrawnosci majatku kura- telnego zaradzil, i ze dla tegoz kuratorem rownie dla tego maletnich dzieci Jana, Ludwika, Stanislaw, Fran- ciszka, Michala, Maryanny i Katarzyny kuratorem Jozef Romanski z Kolanowa ustanowionym zostal. Z c. k. Sadu powiatowego Bochnia, 17 wrzesnia 1866.

Wiener Börse-Bericht vom 4. October. Table with columns: Name of instrument, Price, etc. Includes items like Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.

Actien (pr. S.) Table with columns: Name of company, Price, etc. Includes items like Nationalbank, Credit-Anstalt, etc.

Wechsel. 3 Monate. Table with columns: Location, Rate, etc. Includes items like London, Paris, Hamburg, etc.

Abgang und Ankunft der Eisenbahzüge nach der jetzt wieder gültigen Fahrordnung vom 10. Sept. 1865. Table with columns: Station, Time, Direction, etc.



